

Bürgermeister Patt bittet um Vortrag der Haushaltsreden.

Frau Zimmermann erklärt für die Fraktion Freie Bürger, dass die Haushaltsrede ihrer Fraktion vom Fraktionsvorsitzenden Clemens Mann vorgetragen werden sollte, dieser aber heute plötzlich verhindert ist. Eine Rede der Fraktion Freie Bürger wird somit nicht vorgetragen.

Folgende Reden zum Haushalt 2004 werden somit vorgetragen:

**Haushaltsrede der CDU-Fraktion Eitorf für das HH-Jahr 2004
am 2.2.2004 (Es gilt das gesprochene Wort)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Wenn einem das Wasser bis zur Oberkante Unterlippe steht, darf man auf keinen Fall den Kopf hängen lassen, da man sonst ertrinkt!“

Dies als Beschreibung unserer Lage als Kommune hinsichtlich der Finanzen. Wir sind nun gegen unseren Willen in den Kreis der Städte und Gemeinden eingegliedert, die aufgrund eines nicht ausgeglichenen Haushalts ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen.

Die Verursacher dieser Misere, die ja im Übrigen die gesamte Wirtschaft unseres Landes, das Gesundheitswesen, das Sozialwesen, die Bildung, die innere Sicherheit, das Verkehrswesen und alle anderen Bereiche betrifft, die Verursacher also sitzen in Berlin und Düsseldorf!

Während der Kanzler versucht, mit z.T. abgegriffenen Schlagworten wie „Agenda 2010“, „Innovation“, „Nachhaltigkeit“, „brain up“, „Eliteuniversitäten“ und, und, und vom Unvermögen seiner Regierung und der insgesamt bescheidenen Lage im Lande abzulenken, dürfen wir als verantwortliche und verantwortungsbewusste Kommunalpolitiker gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern die uns von oben eingebrockte Suppe auslöffeln.

Wir werden gefragt und zu Recht bedrängt, wenn Straßen verkommen, Grünanlagen ungepflegt sind, Schulen schlecht ausgestattet sind, die Anzahl der Straftaten zunimmt, Polizei abgebaut wird, Schwimmbad und Sportanlagen eventuell geschlossen werden müssen; Herr Schröder und der Ministerpräsident von NRW sind dann weit vom Schuss!

Natürlich ist auf Landesebene auch noch das Ziel von Rotgrün zu erkennen, im Jahr der Kommunalwahlen die überwiegend CDU-dominierten Städte und Gemeinden zu gängeln in der Hoffnung, am 26. September 2004 aus der anhaltenden und sich noch verstärkenden Stimmungs- und Abstimmungsmisere heraus zu kommen.

Es kann einem so erscheinen, um einen Vergleich aus dem Sport zu ziehen, als ob die hoffnungslos zurückliegende Mannschaft kurz vor Ende des Spiels zuerst neue Regeln erfindet und dann zusätzlich noch ein oder zwei Spieler des Gegners die rote Karte erhalten. Aber auch diese Fouls werden die guten Leistungen der CDU landesweit nicht gefährden. Zum Begriff „Nachhaltigkeit“, den Herr Schröder immer wieder bemüht und der nachweislich seit mehr als 200 Jahren von Förstern und Waldbesitzern gelebt wird, möchte ich hinzuzufügen, dass mit diesem Kennwort festgelegt ist, nicht mehr Produkte zu ernten, als langfristig nachwachsen. Davon ist diese Bundesregierung meilenweit entfernt. Sie lebt auf Pump und damit auf Kosten unserer Kinder und Enkel! Das kann und darf kein Beispiel für verantwortungsvolle Politik sein.

Würden Kämmerer und Bürgermeister den Haushaltsentwurf für die Gemeinde Eitorf so aufstellen, wie die Landesregierung NRW den Landeshaushalt, kämen wir aus der ständigen Beaufsichtigung und Reglementierung durch die Kommunalaufsicht nicht mehr heraus. Obwohl bereits die Landeshaushalte 2001 und 2002 verfassungswidrig waren, weil die

Neuverschuldung die Höhe der Investitionen überstieg, legt der Finanzminister den Doppelhaushalt 2004/2005 erneut mit Zahlen vor, die vermutlich eine weitere Klage nach sich ziehen werden. Die Neuverschuldung übersteigt die Investitionen um rd. 1,5 Milliarden = 1.500 Millionen Euro!!

Auf der einen Seite werden diese neuen Schulden mit der „Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ begründet, andererseits wird ein kräftiges Wirtschaftswachstum vorausgesetzt und z.B. eine Steigerung der Lohnsteuereinnahmen um unrealistische zehn Prozent erwartet. Hier ist nicht mehr das Gleichgewicht gestört, sondern die Wahrnehmung der Wirklichkeit durch die Landesregierung.

Kürzung von Kürzungen (leider gibt Minus mal Minus nur in der Mathematik ein Plus)

Damit die Kürzungen bei den Gemeindefinanzen nicht zu sehr und nicht so direkt auffallen, werden vorgesehene Kürzungen gekürzt; d.h. die Landesregierung sieht in ihrem Haushaltsentwurf Kürzungen der Verbundmasse und oder die Änderung bestimmter Verteilungskriterien zulasten der Städte und Gemeinden vor, damit dann die rotgrüne Koalition als Robin Hood, sie wissen schon „Retter der Enterbten und Tröster der Witwen und Waisen“ auftreten kann. So z.B. bei der Sportpauschale, die bewusst niedrig angesetzt wurde, damit SPD und Grüne sich dann eine Anhebung als Erfolg auf die Fahne schreiben konnten. Bei einem Gesamthaushaltsvolumen des Landes NRW von rd. 48 Milliarden Euro für 2004 haben die Koalitionspartner rd. 120 Mio. Euro „umgeschichtet“. Das sind ganze 0,25 %!! Eine tolle Leistung. Aber, leider gibt Minus mal Minus nur in der Mathematik ein Plus.

Zudem verschweigt die SPD, dass die Städte und Gemeinden in NRW schon ab dem Jahr 2005 erneut mit zusätzlichen Belastungen rechnen müssen, und zwar bis 2009 in einer Größenordnung von jährlich 220 Millionen Euro. Dies wird hervorgerufen durch die Entscheidung in Düsseldorf, den vom Bund dem Land weggenommenen Anteil an der Umsatzsteuer für die Förderung der neuen Länder allein von den Nordrhein-westfälischen Kommunen tragen zu lassen, und das, obwohl aus keiner der gesetzlichen Regelungen zu „Hartz IV“ hervorgeht, dass die Sonderergänzungszuweisungen für den Osten durch die Kommunen zu finanzieren sind.

Insgesamt geht es hier also um 1,1 Milliarden Euro plus mindestens 1 Milliarde Euro, die dem Land im Jahr 2005 zu erstatten sind. Der Vergleich der Schlüsselzuweisungen 2004 und 2005 für unsere Gemeinde zeigt ja z.B. schon einen Rückgang von rd. 5,8 Mio. Euro auf 4,9 Mio. Euro, also um rd. 900 T€.

Es ist leider zu befürchten, dass diese Minderung beim Vorliegen neuer Wirtschafts- und Steuerzahlen noch gravierender ausfallen wird.

Ich habe den Ministerpräsidenten von NRW bereits einmal mit einem Weihnachtsmann verglichen, der statt die Schuhe zu füllen, diese noch an sich nimmt. Diesmal fällt mir ein Spruch von Mark Twain (1835-1910) in leicht abgewandelter Form ein:

*Der Ministerpräsident leiht den Kommunen bei Sonnenschein im Jahr 2004 einen Finanzschirm um ihn dann im Jahr 2005 zurück zu verlangen, wenn es zu regnen beginnt. Bereits im vergangenen Jahr habe ich darauf hingewiesen, dass eine **Neuordnung des Gemeindefinanzierungssystems** dringend und kurzfristig erforderlich ist. Durch die Forderung der CDU/CSU im Bund und durch die Hartnäckigkeit der Opposition im Vermittlungsausschuss wurde eine weitere Belastung der Kommunalfinanzen durch eine auf Pump finanzierte vorgezogene Steuerreform verhindert und eine Verbesserung durch die Senkung der Gewerbesteuerumlage und die Aufgabenübertragung für Langzeitarbeitslose auf den Bund zumindest vorerst erreicht. Alleine das Land NRW erfährt Finanzverbesserungen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro, die hoffentlich auch den richtigen Adressaten – die Kommunen – erreichen werden.*

*Eine weitere, bisher nicht ausreichend erfüllte Forderung ist die nach dem **Konnexitätsprinzip**. Bund und Land übertragen immer wieder neue Aufgaben auf die Kommunen und ziehen sich aus der Finanzverantwortung zurück. Als Beispiel führe ich nur an*

- *die Kosten für die Unterstützung rechtskräftig abgewiesener Asylbewerber*
- *das Grundsicherungsgesetz*
- *den Abbau der Projektförderung im Feuerschutz und deren Ersatz durch eine hinten und vorn nicht reichende Feuerwehrpauschale*

*Meine Damen und Herren,
der Bürgermeister hat am 15. Dezember 2003 einen nicht ausgeglichenen Haushaltsentwurf*

eingebraucht, der im Verwaltungshaushalt mit einer Unterdeckung von rd. 2,9 Mio. Euro abschließt.

In seiner Einbringungsrede, die mich lebhaft an die Haushaltsrede eines Fraktionsvorsitzenden erinnerte, hat Bürgermeister Patt zu den wichtigsten Einnahme- und Ausgabepositionen Stellung genommen. Zudem haben Bürgermeister und Kämmerer im Vorbericht zum Haushaltsplanentwurf nach meiner Meinung sehr deutlich und kritisch, also wahr und klar und ungeschminkt Chancen und Risiken offen gelegt.

Lassen Sie mich daher aus Sicht der CDU-Fraktion noch zu einigen Punkten Stellung nehmen.

Hilfreich ist in Situationen wie der Unsrigen oft das „Rheinische Grundgesetz“ mit einigen seiner Artikel.

Da heißt ein Artikel: Sieh den Tatsachen ins Auge! Rheinisch: Et ess wie et ess.

Ein weiterer Artikel heißt: Hab keine Angst vor der Zukunft! Rheinisch: Et kütt wie et kütt. Dann heißt es da noch u.a.:

Lerne aus der Vergangenheit! Rheinisch: Et hätt noch immer joot jejange.

Sei offen für Neuerungen! Rheinisch: Nix bliev wie et woor

Ein Artikel des Rheinischen Grundgesetzes sollte uns jedoch nicht als Devise gelten: Wat wellste mache? Das bedeutet: Füge dich in dein Schicksal.

Das werden wir nämlich auf keinen Fall tun. Sondern wir werden Optimismus und verstärktes Engagement ob des bisher Erreichten und der eigenen Fähigkeiten zeigen.

Haushaltssicherungskonzept (HSK).

Ein nicht ausgeglichener Haushalt erfordert die Vorlage eines genehmigungsfähigen HSK mit allen sich daraus ergebenden Folgerungen für unsere noch bestehenden freiwilligen Ausgaben. Ich nenne hier nur beispielhaft

➤ Den Betrieb des Hermann-Weber-Bades: rd. 250 TEuro ohne Zins u. Tilgung

Die Gemeindebücherei: 125 T€

Die Offene Jugendarbeit: 25 T€ von insgesamt 105 T€

Die Betriebskostenzuschüsse für die Kindergärten: 188 T€

Die Unterhaltung und Ergänzung der Spielplätze: 22 T€ im VwH und 5000 € im VmH

Die Unterhaltung des Bürgerzentrums: 60 T€

Kultur- und Sportförderung:

Vereinsförderung (z.B. für den Partnerschaftsverein Bouchain/Halesworth)

Die Bedingungen für ein genehmigungsfähiges HSK kennen Sie alle und ich kann in diesem Zusammenhang beispielsweise den Antrag der SPD im Hauptausschuss, den **Sportplatz Mühleip** im Jahr 2004 mit Kosten von rd. 163 T€ instand zu setzen nur mit Kopfschütteln zur Kenntnis nehmen. Kopfschütteln nicht nur, um diesen Antrag abzulehnen, sondern deswegen, weil solch ein Antrag billigend in Kauf nimmt, wenn man ihm denn folgen würde, dass das uns vorgelegte HSK nicht genehmigungsfähig wäre und das Gemeindehandeln insgesamt unter Kuratel der Kommunalaufsicht gestellt würde.

Der von der SPD-Sprecherin im Hauptausschuss aufgetischte Finanzierungsvorschlag durch die Sportpauschale hat auch gleich drei Pferdefüße:

- erstens ist die Sportpauschale, die auf Intervention von Rotgrün, großzügig auf 2,39 € je Einwohner festgesetzt wurde, ausschließlich für Investitionen einzusetzen
- zweitens wurde dieser Betrag, für Eitorf sind das rd. 47 T€, vorweg schon von der allgemeinen Investitionspauschale abgezogen und uns damit nur unter anderem Vorzeichen als Spende wieder gegeben, und
- drittens reicht ein Betrag in Höhe dieser Sportpauschale noch nicht einmal aus um die

normalen Unterhaltungsarbeiten an den Sportplätzen Eitorf und Mühleip zu finanzieren.

Wer also solch populistische Anträge stellt, muss auch ehrlich darlegen, welche der freiwilligen Ausgaben, z.B. Schwimmbad, Bücherei, Bürgerzentrum oder die Betriebskostenzuschüsse an die Kindergärten, welche Ausgaben er also streichen will. Da aber ist bei der Eitorfer SPD Schweigen im Walde.

*Ein ständiges Ärgernis ist nach wie vor die ungenügende Absicherung unseres mit hohem finanziellen Aufwand erstellten Sportplatzes, der **Ewald-Müller-Sportanlage**. Die unbefugte Benutzung außerhalb der beaufsichtigten Sport- und Trainingsveranstaltungen der berechtigten Vereine führt zu Schäden, die letztlich wieder von der Gemeinde zu beseitigen sind. Hier muss sowohl personell als auch materiell kurzfristig eine bessere Lösung gefunden werden.*

Meine Damen und Herren, trotz knapper Kassen enthält der vorliegende Haushaltsentwurf immer noch vieles, das wir unseren Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der zu leistenden Daseinsvorsorge bieten können.

Ich nenne hier z.B.

Schulen.

Wir, d.h. Bürgermeister, Verwaltung und Mehrheitsfraktion, haben in der laufenden Wahlperiode die Eitorfer Grundschulen erneuert und verbessert, Hauptschule und Gymnasium instand gehalten. Die Beträge für Betriebsausgaben, Ausstattungsgegenstände und Geschäftsausgaben wurden moderat gekürzt, sind jedoch nach meiner Meinung im Rahmen unserer Haushaltsmöglichkeiten als auskömmlich und gerecht anzusehen.

*Die von meiner Fraktion beantragte und von Schulausschuss und Hauptausschuss beschlossene Schaffung einer „**Offenen Ganztagschule**“ an der Grundschule Brückenstraße steht unter dem Vorbehalt der Bewilligung entsprechender Fördermittel für die dringend hierfür notwendigen Baumaßnahmen und Ausstattungsgegenstände.*

*Wir sehen die Offene Ganztagschule, so wie sie von Rotgrün in Düsseldorf konzipiert ist, nicht als besonders gelungene geschweige denn optimale Form der Ganztagschule, möchten aber den Erziehenden in Eitorf, die für ihre Kinder dringend eine Ganztags**betreuung** benötigen, eine solche Möglichkeit anbieten. Dies natürlich auch unter dem Druck aus Düsseldorf, zukünftig die Förderung der heutigen Betreuung, insbesondere die in den Horten zu streichen. Wir hoffen natürlich auch auf eine Änderung der Regierungsmehrheiten bei der Landtagswahl im Jahr 2005, um dann die Landes-CDU beim Wort nehmen zu können und echte Ganztagschulen einzurichten.*

Für

Straßen, Wege und Brücken

werden im Haushalt insgesamt für Unterhaltung und Instandsetzung rd. 190 T€ bereit gestellt. Eine Belastung der Grundstückseigentümer im Rahmen der Möglichkeiten des Kommunalabgabengesetzes erfolgt nicht.

*Im Rahmen des **Stellenplanes** gibt es*

***Keinen weiteren Personalabbau** über das bisherige Maß hinaus zulasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Alternativ müssten Leistungen eingeschränkt oder eingestellt werden! Das wollen wir nicht.*

Ich bin ja schon froh, dass, zumindest bisher, keine Forderung nach Abbau von pauschal 100.000 Euro Personalkosten vorliegt, die mit einer Erfahrung beim privaten Nestbau begründet wurde. (Bei langbeinigen Schreitvögeln wird das Nest auch als Horst bezeichnet!)

Gleichwohl sind die Personalkosten gesunken.

Die Gemeinde Eitorf kommt ihrer arbeitsmarktpolitischen und sozialpolitischen Verpflichtung zur Ausweisung von Ausbildungsplätzen seit Jahren nach und übernimmt bei der Erfüllung der entsprechenden Voraussetzungen die ausgebildeten Kräfte in unbefristete Arbeitsverhältnisse.

Es wäre zu begrüßen, wenn über die fünf Ausbildungsplätze in der Verwaltung hinaus auch noch der freie Ausbildungsplatz für einen Straßenbauer besetzt werden könnte.

Das **Rats- und Bürgerinformationssystem** wurde auf Antrag der CDU-Fraktion eingeführt. Die Homepage der Gemeinde kann sicher noch ergänzt und optimiert werden. Beispiele anderer Kommunen sind im Netz reichlich vorhanden. Zielvorgabe des **electronic government** sollte sein, erhebliche Potenziale für eine Weiterentwicklung demokratischer Entscheidungsstrukturen zu nutzen und Verwaltungsabläufe durch einen geschickten Einsatz der EDV wesentlich effizienter und vor allem schneller zu gestalten. Es ergeben sich hierdurch Möglichkeiten, Bürgernähe zu praktizieren und qualitative Verbesserungen der Verwaltungsleistungen zu verwirklichen. Auch wenn diese Art der elektronischen Kommunikation noch keinen repräsentativen Querschnitt der Einwohnerschaft erreicht, können sich doch wichtige Anregungen und qualitative Fortschritte ergeben, die von uns als verantwortlichen Entscheidungsträgern - und damit meine ich Rat und Verwaltung - genutzt werden sollten.

Wie aus den neuen Arbeitslosenstatistiken hervorgeht, hat sich der Bereich Eitorf/Windeck gegenüber den Vorjahren verbessert. Insbesondere die bei den großen Arbeitgebern in Eitorf verloren gegangenen **Arbeitsplätze** konnten zu einem großen Teil im Mittelstand neu geschaffen werden. Dies nicht zuletzt durch das Vorhalten ausreichender, preiswerter und gut erreichbarer Flächen in Gewerbe- und Industriegebieten. Ich habe es schon häufig betont, will es aber hier noch einmal wiederholen: Die Ausweisung des **Gewerbegebietes Altebach II** in dem jetzt ja auch vom Regionalrat beschlossenen und hoffentlich auch von der Landesregierung im GEP festgesetzten Umfang dient der Vorratshaltung. Die Realisierung einer Erschließung oder Bebauung in 10, 15 oder 20 Jahren wird erst dann erforderlich sein, wenn vorhandene Flächen in den bisherigen Gewerbe- und Industriegebieten einer Nutzung zugeführt sind.

In direktem Zusammenhang mit dem Thema „**Eitorf als Wohngemeinde und Wirtschaftsstandort**“ steht die **Verkehrsanbindung**.

Mittlerweile hat sich bei Realisten und Verantwortungsbewussten die Überzeugung Raum verschafft, dass Eitorfs Straßenanbindung nach Westen über die L 333 die auf Dauer sinnvolle sein wird. Das zeigt auch z.B. die Tatsache, dass die Niederlassung Bonn des Landesbetriebs Straßenbau derzeit die vorhandenen erheblichen Schäden auf dem Teilstück von Stadt Blankenberg bis Bach kartiert. Auf Grund eines Bodengutachtens sollen die erforderlichen Instandsetzungsarbeiten im laufenden Jahr geplant und wenn möglich ab 2005 durchgeführt werden.

Die Eitorfer CDU-Fraktion hat seit Jahren und immer wieder Vorschläge für die Verbesserung der Verkehrsführung der Siegtalstraße gemacht. Dass z.Zt. kein weiterer Ausbau, der rd. 3 Mio. Euro kosten würde, geplant werden kann, liegt daran, dass die Maßnahme nicht im Integrierten Gesamtverkehrsplan (IGVP) des Landes NRW enthalten ist. Für diesen Plan ist jedoch z.B. der Ausbau der Siegtalstraße zwischen Dondorf und Bach angemeldet.

Einigkeit in unseren Bemühungen und da hebe ich auch und gerade die Unterstützung der Grünen hier im Rat hervor, Einigkeit also ist erforderlich, um überhaupt eine Verbesserung der bestehenden Verkehrsbedingungen zu erreichen.

Da konterkariert jetzt der „Berg- und Tal-Plan“ der Eitorfer SPD, der ja nicht neu ist, sondern zum wiederholten Mal von seinem Erfinder präsentiert wird, alle Bemühungen, Eitorf wirklich und auf Dauer eine vernünftige Anbindung nach Westen zu erhalten! Aus billigem Wahlkampfpopulismus heraus werden dann noch die Genossen aus Hennef und Windeck ins Boot geholt. Die Hennefer SPD kann sich vor Lachen kaum halten, weil die Eitorfer „Verkehrsspezialisten“ ihr eine unangenehme Arbeit abnehmen und den Windeckern ist es gleichgültig, da sie ohnehin zum größten Teil verkehrsmäßig nach Osten oder direkt zur B 8 ausgerichtet sind. Die gravierenden Eingriffe in Natur und Landschaft, die der SPD-Plan bewirken würde, will ich hier noch nicht einmal weiter ausbreiten.

Der Plan der Eitorfer SPD, die Siegtalstraße zum Wanderweg zu degradieren, widerspricht also eindeutig den Interessen der Eitorfer Bevölkerung und wird weiter auf den erbitterten Widerstand meiner Fraktion stoßen.

Der **Eitorfer Bahnhof** ist mittlerweile wieder, dank des massiven Einsatzes unseres

Bürgermeisters, geöffnet und steht den Reisenden wieder in einer ansprechenden Form zur Verfügung. Der z. Zt. laufende Umbau wird weitere Verbesserungen bringen und auch die fußläufige Verbindung zum provisorischen Parkplatz an der Signalmeisterei ermöglichen. Nach den bisherigen Planungen der Bahn bzw. des VRS soll die S 12 zukünftig 3-mal stündlich bis nach Hennef-Ost, aber nur 1 mal stündlich bis nach Eitorf fahren. Dies ist ein Treppenwitz und darf auf keinen Fall so hingenommen werden. Der CDU-Kreistagsabgeordnete Robert Rösgen hat sich bisher schon erfolgreich für eine Verbesserung der Bahnverbindung in Eitorf eingesetzt und wird auch zukünftig die Unterstützung der Eitorfer CDU-Fraktion hierzu erhalten. Hier, Herr Kollege Tendler, sollten Sie Ihre Genossen in Windeck und Hennef auffordern, sich einmal auch für Eitorf einzusetzen und nicht beim Bau von Luftschlössern Richtung Uckerath.

Entgegen dem Willen einiger Umweltfunktionäre hat sich mittlerweile eine große Mehrheit, eingeschlossen die ideologiefreien und parteipolitisch nicht beeinflussten Umweltschützer, für die Ansiedlung der **Biologischen Station** für den rechtsrheinischen Rhein-Sieg-Kreis in Eitorf ausgesprochen. Der Bürgermeister hat sich dankenswerter Weise erfolgreich für die Realisierung des Projektes in der ehemaligen Güterabfertigung des Bahnhofs eingesetzt und der Rat die erforderlichen Beschlüsse hierzu gefasst. Es sieht mittlerweile so aus, als ob die beantragten Fördermittel fließen werden und das Projekt endgültig verwirklicht werden kann. Bei kalkulierten Gesamtkosten von rd. 990 T€, an denen sich auch das Land – hoffentlich – zu einem großen Teil beteiligen wird, sind die vorgesehen gemeindeeigenen Haushaltsmittel in Höhe von 77 T€ damit sehr gut angelegt.

Die **kulturellen Veranstaltungen** in Eitorf bewegen sich dank des Engagements der zuständigen Abteilung im Rathaus auf einem hohen Niveau und finden demzufolge auch Anerkennung und Annahme nicht nur bei den Eitorferinnen und Eitorfern, sondern auch darüber hinaus.

Auch die **Eitorfer Kunsttage** haben steigendes Niveau verzeichnen können. Dies war leider im vergangenen Jahr nicht mehr der Fall. Die Lokalpresse hat sich zwar zurückhaltend geäußert, doch habe ich in Gesprächen mit Fachleuten aus der Branche z.T. heftige Kritik erfahren können. Damit die Eitorfer Kunsttage für Künstlerinnen und Künstler aus der Region interessant bleiben und damit auch die Attraktivität Eitorfs auf kultureller Ebene gestärkt wird, sollte die Zusammenarbeit mit den Fachleuten hier vor Ort, z.B. mit Giovanni Vetere und den Ateliers am Markusplatz gesucht und deren Kontakte zu weiteren Künstlern genutzt werden.

Darüber hinaus sollen in einem anderen Rahmen über das bisher schon bestehende Angebot hinaus, zusätzliche Möglichkeiten für Kunsthandwerk und Hobbykünstler geboten werden. Ich denke hier z.B. an Ausstellungsmöglichkeiten in gemeindeeigenen Räumen aber auch in Geldinstituten und Eitorfer Geschäften, wie diese zum Teil ja auch schon genutzt werden.

Der Kostenanteil von 27 T€ für die **Musikschule** ist gut angelegt und die Steigerung der Schülerzahl nur zu begrüßen:

Wer Musik macht und in der Kindheit ein Musikinstrument spielen lernt, wird sicherlich weniger zu problematischen anderen Freizeitbeschäftigungen neigen.

Das gilt natürlich auch für die Mitglieder in Sportvereinen.

Sport und Musik fördern nicht nur die private Zufriedenheit sondern stärken in besonderem Maße das Sozialverhalten. Dies ist heute, bei landesweit steigender Jugendkriminalität und einer großen Zahl besonders gefährdeter junger Russlanddeutscher nicht hoch genug zu schätzen. Wir werden daher die Förderung von Kultur und Sport im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten fortsetzen.

Zur Kultur- und Jugendarbeit zähle ich auch den Einsatz der KG Närrische Stadtsoldaten, das alte Rex-Kino zu reanimieren und unter dem Namen Kino Blau-Weiß wieder in Betrieb zu nehmen. Dieses Bürgerengagement wird von uns unterstützt.

Die Offene Jugendarbeit

in Eitorf konnte trotz erneuter Kürzung der Landesmittel weiter verstärkt werden. Dies auch, weil auf Antrag der Eitorfer CDU-Fraktion und mit Unterstützung des CDU-Kreistagsabgeordneten Robert Rösgen der Kreistag eine zweite Stelle bewilligte und deren Finanzierung sicher stellt. Der Kreis erweist sich hier im Gegensatz zur Landesregierung als zuverlässiger Partner. Eine landesweite Unterschriftensammlung gegen die massive Kürzung der Jugendförderung durch die Landesregierung scheint zu bewirken, dass die geplanten

massiven Eingriffe gemildert werden.

Die Eitorfer SPD schreckt im Wahlkampf auch nicht vor dem Missbrauch der Funktion des Vorsitzenden des Pfarrgemeinderates St. Patricius zurück und ließ durch Herrn Hövel, Rektor der Grundschule Harmonie, gleichzeitig sachkundiger Bürger der SPD und vermutlich auch Ratskandidat 2004 die Forderung nach der Schaffung eines Kinderparlamentes beim Neujahrsempfang der ev. Kirche verkünden.

Eine Unverfrorenheit, die ich so noch nicht erlebt habe und die mich an die fatale Forderung des SPD-Generalsekretärs Olaf Scholz nach der „Lufthoheit über den Kinderbetten“ erinnert.

In seiner Stellungnahme bei der Haushaltseinbringung schlug der Bürgermeister vor, für die **Gemeindebibliothek** einen Förderverein zu gründen, um den relativ geringen Betrag von 8 T€ zur Verbesserung der Ausstattung zu erhöhen. Die CDU schlägt darüber hinaus vor, so genannte Buchpatenschaften, wie sie in anderen Kommunen bereits erfolgreich ins Leben gerufen wurden, anzubieten.

Dabei suchen die Sponsoren – und das müssen nicht nur Privatpersonen sein- aus einer vorgegebenen Liste, die z.B. bei den örtlichen Buchhandlungen ausgelegt und aktualisiert wird, die ihnen zusagenden Titel aus und stellen sie der Bücherei zur Verfügung. Das genaue Verfahren und die Modalitäten können z.B. bei der Stadt Düren erfragt werden.

Wo wir gerade beim persönlichen Engagement sind, möchte ich lobend darauf hinweisen, dass z.B. der Heimatverein Eitorf das Gemeindedenkmal „Alter Friedhof“ in seiner Obhut und Pflege hat und die Gemeinde den bisherigen Zuschuss in Höhe von jährlich 500 Euro leider streichen musste. Auch hier ist Unterstützung durch Sponsoren sicherlich gefragt und gut angebracht. Unsere Ehrenbürgermeisterin Gertrud Diwo geht hier schon mit gutem Beispiel voran. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich einige Worte sagen zu den in jüngster Zeit immer wieder negativ in den Schlagzeilen stehenden **Entschädigungen** für Politiker und den populistischen Forderungen nach Kürzung:

Jeden Eitorfer Steuerzahler, natürlich auch die Steuerzahlerin, kostet die Arbeit aller 32 Ratsmitglieder und aller rd. 40 sachkundigen Bürgerinnen und Bürger pro Jahr 5,44 Euro an Aufwandsentschädigungen, die durch Gesetz und Verordnung in ihrer Höhe genau festgesetzt sind. Darüber hinaus kostet die Arbeit der Fraktionen noch einmal 0,77 Euro pro Jahr und Steuerzahler, zusammen also 6,21 Euro pro Jahr.

Wenn ich als Nichtmehrraucher halbwegs richtig informiert bin, dürfte das der Gegenwert von zwei Schachteln Zigaretten im Jahr sein. Ich stelle dies ohne eigene Wertung fest.

Werke.

Die anstehende Klärwerkerweiterung mit teurer Membrantechnik pp. wird uns aufgrund ideologischer Vorschriften der grünen Umweltministerin vorgegeben. In diesem Zusammenhang weise ich gerne noch einmal darauf hin, dass der Sachverstand meiner Fraktion im Werksausschuss immer wieder in Zusammenarbeit mit der Werkleitung Kosten eingespart und insbesondere technische Vorgänge innerhalb der Werke optimiert hat. Diese Erfolge werden jedoch immer wieder durch neue und verschärfte Vorschriften aus dem Umweltministerium zunichte gemacht. Das wirkt sich auf Dauer auch negativ auf die Erträge und damit auf die Gebührengestaltung aus.

„Es erscheint mir nicht sinnvoll, dass wir demnächst unser Trinkwasser der Sieg entnehmen können und mit dem Wasser aus der Wasserleitung den Garten bewässern oder die Toilettenspülung versorgen, weil die Reinigungsvorschriften für das Abwasser die Vorschriften für die Qualität des Trinkwassers überholen.“

Beim Trinkwasser erwartet uns ja auch noch eine Bescherung durch das Höhenministerium in Form der Wassersteuer. Die Landesregierung erwartet daraus zusätzliche Einnahmen in Höhe von rd. 130 Mio. Euro. Diese unter einem ökologischen Mäntelchen als Wasserentnahmeentgelt getarnte Abzocke bewirkt seit gestern (1.2.04), dass der Verbraucher pro cbm Wasser 4,5 Cent mehr berappen muss, die der Wasserlieferant unserem Versorgungsbetrieb in Rechnung stellt. Man kommt sich im wahrsten Sinne des Wortes „**verhöhnt**“ vor.

Ob die Werke bei einem Wasserumsatz von rd. 900.000 cbm diesen Gesamtbetrag in Höhe von rd. 40 T€ alleine werden tragen können wird noch zu prüfen sein.

Bei einem prognostizierten Jahresverlust in 2004 von rd. 68 T€, einer Gesamtschuldenlast von rd. 9 Mio. € und einer jährlichen Zinslast von rd. 260 T€ erscheint es mir kaufmännisch nicht zu vertreten, diese vom Land angeordnete Zusatzbelastung unserer Bürgerinnen und Bürger, die angeblich verbrauchsteuernde Funktion haben soll, allein dem Versorgungsbetrieb anzulasten.

Bereits im vergangenen Jahr hat uns die Landesregierung gezwungen, die Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer zu erhöhen. Dieser Fall ist vergleichbar mit der Wassersteuer.

Zum **Cross-border-leasing**, das die CDU-Fraktion gegen die SPD und die Fraktion von FDP/Grünen beschlossen hat und dessen netprofit nun zur Verfügung steht, scheinen sich jetzt die Herrschaften, die gegen diese Einnahme gestimmt haben, besondere Sorgen um die Verwaltung und Anlage des Geldes zu machen. Es ist schon dreist und unverfroren, wenn ausgerechnet die über Finanzen bestimmen wollen, die diese Einnahme mit aller Macht verhindern wollten.

Die CDU-Fraktion jedenfalls weiß diesen Betrag bei Bürgermeister, Kämmerer und Werkleitung in guten Händen und ist sicher, dass hieraus der für die Werke und damit für die Gebührentzahler bestmögliche Ertrag gewonnen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
am Anfang des Jahres 2004 möchte ich im Namen der CDU-Fraktion unserem Bürgermeister Peter Patt, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung, der Gemeindewerke, des St.-Franziskus-Krankenhauses Eitorf und der St. Elisabeth Seniorenheim Eitorf GmbH für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit zum Wohle aller Eitorferinnen und Eitorfer herzlich danken.

Dieser Dank gilt auch der Freiwilligen Feuerwehr sowie allen ehrenamtlichen Kräften in Vereinen und Verbänden, von denen ich hier beispielhaft nennen möchte

den Sozialverband Deutschland

den Gemeindefortsportbund,

den DRK-Ortsverband Eitorf,

den Aktivkreis Eitorf,

den Verein selbstständiger Handwerker,

den Heimatverein Eitorf und

die Fördervereine des Krankenhauses und des Seniorenheimes

Die Polizeibeamten hier vor Ort, auch wenn sie keine Gemeindemitarbeiter sind, schließe ich in meinen Dank ausdrücklich ein.

Lassen Sie mich noch kurz einen – zugegeben vielleicht etwas gewagten -Vergleich zwischen Deutschland und Eitorf anstellen:

Deutschland braucht einen Kurswechsel, Eitorf eine Bestätigung des bisherigen Kurses

Deutschland braucht einen neuen Chef, Eitorf hat einen fähigen, fleißigen und bürgerfreundlichen Chef

Deutschlands Krise ist hausgemacht, Eitorfs Einnahmeeinbrüche sind durch Rot-Grün in Berlin und Düsseldorf verursacht

Meine Damen und Herren,

die CDU-Fraktion wird nicht nur diesem Haushaltsentwurf mit allen Anlagen zustimmen, sondern auch weiter mit unserem Bürgermeister Peter Patt ernsthaft, sorgfältig, verantwortungsbewusst und fleißig für unsere Gemeinde Eitorf arbeiten. Die konzeptionelle und personelle Qualität der CDU-Fraktion und des Bürgermeisters ist für Jeden erkennbar.

Auch und gerade in einem Wahljahr werden wir den Bürgerinnen und Bürgern die Wahrheit sagen, keine dubiosen Versprechungen machen, keine unfinanzierbaren Forderungen stellen oder unterstützen.

Ich bin fest davon überzeugt, die Eitorfer Bürgerinnen und Bürger werden dies mit großer Mehrheit, auch am 26. September dieses Jahres, wieder honorieren.

Hermann-Josef Schmidt

Stellungnahme der SPD Fraktion zum Haushalt 2004

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,*

wenn einem das Wasser bis zum Halse steht, dann darf man den Kopf nicht hängen lassen, sonst geht man unter. Man muss dem Rat und der Bevölkerung deutlich aufzeigen wohin die Entwicklung geht, dies hat der Bürgermeister in seiner Einbringungsrede zum Haushalt 2004 getan.

Nach der Prognose des Bürgermeisters beginnen die mageren Jahre. Bis 2007 sind nach den heute bekannten Daten Fehlbeträge im Verwaltungshaushalt zu erwarten.

Dies ist in vielen Bereichen der Gemeinde zu spüren. Wenn die Situation so ist, muss sich der Rat und die Fraktionen zu erst an die Bevölkerung wenden.

Unser Dank geht daher an die vielen Bürgerinnen und Bürger in unserer Gemeinde die ehrenamtlich in Vereinen und Verbänden tätig sind und damit unser Gemeinwesen am „Leben halten“. Was würde eigentlich geschehen wenn wir unsere Sportvereine, unsere Freizeitvereine, unsere Sozialverbände, unsere Gesangsvereine, unseren Heimatverein, unseren Partnerschaftsverein oder gar unsere freiwillige Feuerwehr nicht hätten. Unser Gemeinwesen würde nicht mehr funktionieren. Kultur und Sport blieben weitestgehend auf der Strecke. Wer würde die wichtige Jugendarbeit durchführen? Wer, wenn nicht unsere ehrenamtlich arbeitenden Vereine und Verbände?

Unsere Gemeinde wird immer größer; Neubürger, die ihrer Häuser in Eitorf gebaut haben; engagierte Männer und Frauen. Wir werden unsere Probleme nur mit den Menschen in Eitorf lösen. Diese Menschen sind die Gemeinde. Sie wollen nicht verwaltet und bespart werden, sie wollen angesprochen und beteiligt werden. Die Aktivität unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger wird nur dann bestehen bleiben, wenn Vertrauen in die Politik besteht. Nicht der Rat oder der Bürgermeister lösen die Probleme in unserer Gemeinde; sondern das aktive Handeln unserer Bevölkerung.

Nun ist der Dank wichtig und notwendig; meine Fraktion ist aber auch der Meinung, dass wir diesen vielen Vereinen öffentlich und in breiter Form danken müssen. Wir beantragen daher einen „Tag des Ehrenamtes und der Vereine“ in Eitorf durchzuführen.

Ähnliche Veranstaltungen gibt es in anderen Kommunen bereits. Wir beantragen, dass sich der Hauptausschuss in seiner nächsten Sitzung mit diesem Thema beschäftigt.

Ein weiterer Dank geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Die Dimension der kommunalen Finanzkrise erfordert intensivste Sparbemühungen. Dies spüren unsere Verwaltungskräfte in besonderer Weise. Ich möchte in diesem Jahr bewusst kein Amt und keine Person besonders nennen, unsere Anerkennung geht an alle Kolleginnen und Kollegen hier im Hause gleichermaßen.

Die SPD Fraktion bedankt sich für dieses Engagement und für ihre Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Gemeinde. Wir werden dem Stellenplan für 2004 zustimmen.

Das Rathaus ist für viele Menschen in unserer Gemeinde Anlaufstelle bei Fragen und Sorgen. Wir sollten unser Rathaus entsprechend „öffnen“. Dies meine ich keineswegs nur bildhaft.

Schauen Sie sich den Eingangsbereich an. Dies ist nicht nur wenig einladend; sondern wirkt eher abweisend. Herr Bürgermeister sorgen Sie endlich dafür, dass durch entsprechende

Baumaßnahmen der Eingangsbereich und damit unser gesamtes Rathaus ein anderes Erscheinungsbild erhält. Wir beantragen eine Diskussion im entsprechenden Fachausschuss.

16 Jahre Regierung Kohl, eine notwendige und gewollte, aber nicht durchdachte Finanzierung der Wiedervereinigung, eine Weltwirtschaftskrise und ein Konjunkturunbruch haben zu einer Finanzmisere in allen staatlichen Ebenen geführt. Die Politik des „Aussitzens“ von Problemen, das „unter den Tisch kehren“ von unangenehmen Botschaften hat unter der SPD geführten Bundesregierung ein Ende gefunden. Nur mit rückhaltloser Bestandsaufnahme kann man die Zukunft gestalten. Wir stehen vor gewaltigen gesamtgesellschaftlichen Umbruchprozessen, die uns alle weh tun, jedoch in dieser Härte notwendig geworden sind, weil es die letzte Regierung unter Helmut Kohl versäumt hat, frühzeitig die Weichen nach einer genau absehbaren Entwicklung zu stellen. Der Bürgermeister hat auf dem Neujahrsempfang der ev. Kirche diese Entwicklung auch als Chance gesehen; ich sehe dies genauso. Wir müssen unseren Bürgerinnen und Bürgern „reinen Wein“ einschenken und deutlich sagen in welche Richtung es geht und wir müssen aufhören unseren Staat schlecht zu reden. Das „Jammern auf hohem Niveau“ muss ein Ende haben.

Bis zuletzt haben Städte und Gemeinden und auch wir alle auf eine kräftige Finanzspritze bei den Verhandlungen im Vermittlungsausschuss gehofft. Bundesrat und Bundestag haben

beschlossen: Das derzeit geltende Gewerbesteuerrecht bleibt bestehen; die im Körperschaftssteuerrecht zu vollziehenden Änderungen bei der Mindestgewinnbesteuerung und der Gesellschaftsfremdfinanzierung werden auf das Gewerbesteuerrecht übertragen. Nach diesen Beschlüssen wird der Anteil der Kommunen lediglich wieder auf den Stand von 2000 gesetzt: Das bringt rd. 2,3 Milliarden Euro zurück, die Bund und Länder vorher geschluckt hatten.

Die kurzfristige Hilfe für die Kommunen und die strukturelle Verbesserung der Gewerbesteuer sind jedoch kein Ersatz für eine durchgreifende Reform der Gewerbesteuer. Diese durchgreifende Reform der Gewerbesteuer in Form einer Gemeindefinanzsteuer mit der Einbeziehung der Freiberufler und einer deutlichen Verbreiterung der Bemessungsgrundlage ist von der CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat blockiert worden.

Dies ist auch nicht weiter verwunderlich, da die CDU auf ihrem Bundesparteitag Anfang Dezember letzten Jahres die faktische Abschaffung der Gewerbesteuer beschlossen hat. Die CDU will den Kommunen eine neue wirtschaftskraftbezogene Einnahme aus der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer verschaffen, und zwar im Rahmen des Steuerkonzepts von Friedrich Merz. Die Gewerbesteuer sollte durch ein modifiziertes Modell, das in der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen keine Mehrheit gefunden hat, ersetzt werden. Die Lösung der strukturellen Probleme bei der Gewerbesteuer haben CDU/CSU verhindert. Die Bundes CDU stellt sich damit gegen ihre eigenen Kommunalpolitiker, die sich im Deutschen Städtetag und im Städte- und Gemeindebund für eine wirklich durchgreifende Reform der Gewerbesteuer ausgesprochen haben.

Dass auch künftig Freiberufler wie Ärzte und Anwälte nicht zur Gewerbesteuer herangezogen werden und die Einbeziehung von Mieten, Pachten und Leasingraten blockiert wurde- wie es die Kommunen bis zuletzt gefordert hatten-, haben CDU und F.D.P im Finanzpoker verhindert. Durch Umstrukturierungen gingen mehr und mehr Unternehmen dazu über, Gewinne in Mieten, Pachten u.ä. zu verstecken, die man an eigene, speziell dazu gegründete und oft im Ausland angesiedelte Besitzgesellschaften überweist und so der Steuerpflicht entzieht.

Leidtragender dieser Unionsentscheidung ist der ortsgebundene, solide Mittelstand, der diese Steuergestaltungsmöglichkeiten nicht hat. Damit trägt er weiter die Hauptlast der Gewerbesteuer, denn die mit der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage einhergehende Senkung der Steuersätze fand auch keine Mehrheit im Vermittlungsausschuss.

Auch der eigenwillige Beschluss, den Städten und Gemeinden die Wahl zu lassen, ob sie Langzeitarbeitslose nach der Fusion der Arbeitslosen- und Sozialhilfe selbst betreuen oder die Aufgaben dem Arbeitsamt überlassen wollen, halten wir für die schlechteste aller Lösungen, weil ein wirrer Flickenteppich der Zuständigkeiten droht.

Für uns ist deshalb nach der Reform vor der Reform: Das Absenken der Gewerbesteuerumlage kann nur ein erster Schritt sein.

Wir werden unseren Etat ohne zusätzliche eigene Sparbeiträge nicht konsolidieren können. Die komfortable Finanzsituation des weitgehend umlagefinanzierten Rhein-Sieg-Kreises steht im krassen Gegensatz zu der finanziellen Situation unserer Gemeinde.

Angesichts der seit Jahren sich verschlechternden Situation der Gemeinde Eitorf- die jetzt zwangsläufig zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts geführt hat- ist es nicht hinnehmbar, dass der Kreis den Haushaltsausgleich weitgehend über eine faktische Erhöhung der Kreisumlage herbeiführt. Auch wenn die Einnahmen nach der Verabschiedung der Gemeindefinanzreform von Bundestag und Bundesrat nicht so üppig fließen wie angenommen, hält dieser Kreis immer noch ein Millionenpaket an RWE Aktien, womit er seine eigene Neuverschuldung stoppen könnte.

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Kreises haben in beeindruckender Art und Weise und mit guten Argumenten die schonungslose Selbstbedienung des Kreises aufgezeigt. Über all diese Argumente hat sich die CDU Mehrheit im Kreistag hinweggesetzt und den Antrag der SPD Fraktion auf Senkung der Kreisumlage abgelehnt. Besonders interessant ist das Abstimmungsverhalten der CDU Kolleginnen und Kollegen, die sowohl im Kreistag als auch in den Räten sitzen, also hier des Koll. Rösgen. Vor Ort wird die Finanzmisere der eigenen Gemeinde bejammert und sie möglichst dem Land und dem Bund in die Schuhe geschoben und im Kreis lehnt man Anträge, die die Finanzsituation der eigenen Gemeinden verbessern würden einfach ab. 2% weniger Kreisumlage bedeutet für uns 300.000 Euro, Herr Kollege Rösgen. Da sollte einem die Gemeinde wichtiger sein, als das Parteibuch.

Es ist aber nicht nur die finanzielle Entwicklung, die uns Sorgen bereitet, sondern auch die Konzeptionslosigkeit der CDU Mehrheit in diesem Gemeinderat. Wenn zur Konzeptionslosigkeit auch noch eine maßlose Selbstüberschätzung dazu kommt, kann sich dies nur negativ für unsere Gemeinde entwickeln. Alle Vorschläge der anderen Fraktion wurden nicht nur abgelehnt, sondern mit der Herrn Schmidt eigenen Art kommentiert. Es sind auch

keine „abstrusen Vorstellungen“, Herr Schmidt wenn sich andere Fraktionen oder Parteien Gedanken über Ihren Umgang mit der Macht machen.

Absolute Mehrheiten sind nichts verwerfliches wenn man demokratisch damit umgeht und auch Meinungen und Vorschläge anderer akzeptiert. Dies haben Sie Herr Schmidt in den letzten Jahren nie praktiziert und das werfen wir Ihnen heute hier vor.

Wir halten es heute noch für schädlich, dass man die anderen Fraktionen oder Personen des Rates nicht an der Repräsentation der Gemeinde beteiligt hat. Es steht einer auch mit absoluter Mehrheit regierenden Fraktion gut an, wenn man auch die Opposition an repräsentativen Verpflichtungen Anteil nehmen lässt.

Wenn alle drei Bürgermeister der CDU angehören, ist dies kein Abbild der politischen Verhältnisse in Eitorf. 100% der Stimmen haben sie nicht und werden sie auch nie bekommen.

Wenn wir Ihnen Konzeptionslosigkeit vorwerfen beziehen wir dies auf folgende Bereiche: Die Entwicklung im Ortszentrum ist unbefriedigend. Leerstehende Geschäfte, ständige Zunahme des Verkehrs und ein hoher Verschmutzungsgrad im Zentrum geben Anlass zur Sorge. Wenn sie selbst keine Vorschläge oder Ideen haben, müssen sie auf externes Fachwissen zurückgreifen. Dies schlagen wir Ihnen schon seit Jahren vor, es passiert aber nichts. Die gleiche Situation erleben wir in der Leienbergstraße; nichts passiert. In beiden Bereichen sind Gespräche und Vermittlungen erforderlich, um endlich die Attraktivität des Zentrums zu stärken. Wenn wir hier untätig bleiben, machen wir die gleichen Fehler wie andere Kommunen auch. Das Ortszentrum entwickelt sich zurück und es entstehen nur noch Einkaufszentren auf „der grünen Wiese“. Ein abendlicher Bummel im Ortszentrum ist unattraktiv. Dennoch unsere Gemeinde ist attraktiv.

Dies wissen wir, es dringt aber zu wenig nach außen.

Wir haben eine schöne Landschaft, wir haben Wanderwege und wir haben einen Fluß, alles dies wird nicht vermarktet. Investieren Sie mehr in diese Werbung für Naherholung, Herr Bürgermeister! Es lohnt sich!

Wir meinen dies nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch in persönlicher Kompetenz. Hier im Hause sitzen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dies leisten können. Sie müssen dies aber auch selber wollen und anstoßen.

In unserer Nachbargemeinde Windeck geschieht dies sehr eindrucksvoll. Es fängt schon mit Kleinigkeiten an: Fahren sie mit dem Fahrrad die Sieg entlang; in Eitorf sind die Mülleimer voll, in Windeck geleert. In Windeck finden sie Hinweisschilder auf Wander- und Radwege, in Eitorf nichts dergleichen.

Dies regelt in Windeck nicht alles die Verwaltung; es ist Vereinen übertragen worden. Angestoßen wurde es vor Jahren vom Rat und der Verwaltung. Hier warten wir seit Jahren auf Vorschläge! Nichts geschieht!

Windeck hat, obwohl die finanzielle Lage nicht besser ist als in Eitorf, das Anrufsammeltaxi(AST) eingeführt. Nun sind wir wirklich Tabellenletzter im Angebot für den Öffentlichen Personennahverkehr in der Region.

Der Rhein-Sieg-Kreis hat mit der CDU Mehrheit einen Nahverkehrsplan verabschiedet, der nochmals Verschlechterungen für uns bedeutet. Windeck hat dies mit dem AST Angebot kompensiert. In Eitorf geschieht nichts. Dies meinen wir auch, wenn wir Ihnen Konzeptionslosigkeit vorwerfen.

Sie nehmen es in Kauf, dass in vielen Ortschaften der Gemeinde Eitorf kein Angebot im ÖPNV besteht und die Bürgerinnen und Bürger auf den PKW angewiesen sind.

Die Entwicklung am und im Bahnhof Eitorf ist positiv. Endlich ist der Bahnhof wieder offen und erfüllt seine eigentliche Funktion.

Glück gehabt, so muss man es wohl ausdrücken, haben wir voraussichtlich noch einmal bei der Errichtung der Biologischen Station im alten Güterbahnhof, die jetzt hoffentlich mit Mitteln der NRW-Stiftung, der KSK und des Landes hier in Eitorf errichtet werden kann. Eitorf war bereits einmal vorgesehener Standort. Nur hat man hier kein offenes Ohr und keine professionelle Unterstützung gefunden, so dass man sich dem zweiten Standort Troisdorf zugewandt hat. Wir haben auf dieses Versäumnis seinerzeit intensiv hingewiesen. Glücklicherweise hat sich Troisdorf zerschlagen, so dass wir in Eitorf eine zweite Chance als Standort erhalten haben. So eine zweite Chance ist jedoch eine Seltenheit. Solche Pannen dürfen einfach nicht passieren.

Wir haben in Eitorf das Hermann-Weber Bad. Wir wollen dieses Bad als Schul- und Freizeiteinrichtung und unterstützen es, wo immer es geht. Dieses Bad wurde erst möglich, weil die Hermann-Weber-Stiftung die Gelder für den Bau zur Verfügung stellte. Diese Summe hätte durch die Gemeinde nicht aufgebracht werden können. Dafür sei auch von dieser Stelle der Stiftung nochmals gedankt.

Nur darf man jetzt in der Entwicklung nicht stehen bleiben. Was wir brauchen ist eine Erweiterung. Dies können wir selbst nicht "schultern".

Wir können aber die Voraussetzungen schaffen. Der Bereich des alten Bades wird immer mehr zu einem Biotop mit Müllkippe. Die Skater haben in dem Bereich ein Gelände für ihre Aktivitäten gefunden. Das Engagement ist zu begrüßen und wir wollen den Jugendlichen dort auch helfen. Dennoch ist dieses Gelände zu groß. Die Verunreinigungen auf dem Gesamtgelände werden oftmals den dort aktiven Jugendlichen angelastet. Dort treffen sich aber offenbar noch viele andere Gruppierungen, die nicht im Blickpunkt stehen und auch nicht organisiert sind. Dieser Bereich sollte einer Naherholung zugeführt werden und wir beantragen, dass sich die Verwaltung mit dem Förderverein Hermann-Weber-Bad und den wassersporttreibenden Vereinen an einen Tisch setzen, um weitere Möglichkeiten für eine Nutzung dieses Bereiches zu beplanen. Wir wissen auch, dass die Kosten für das Bad nicht weiter ansteigen dürfen, dennoch sollten wir eine Attraktivitätssteigerung unter Einbeziehung von engagierten Eitorfern erreichen.

Das Schulangebot in Eitorf ist für viele Eltern nicht ausreichend. Dies ist keine Feststellung meiner Fraktion, sondern Beobachtungen, die sie jeden Morgen auf dem Bahnhof in Eitorf machen können. Eine große Anzahl von Eitorfer Schülerinnen und Schüler fährt nach Herchen und Hennef. Die Realschule, das Gymnasium Herchen und die Gesamtschule in Hennef sind für viele Eltern attraktiver als das Angebot in Eitorf.

Mit dieser Tatsache kann man sich abfinden, wie dies offenbar die CDU in Eitorf macht. Wir machen dies nicht und haben schon in der Vergangenheit Anträge dazu gestellt, die sie immer abgelehnt haben. In der Gemeinde Eitorf würde eine Gesamtschule Sinn machen und würde in vielfacher Hinsicht den morgendlichen „Schülertourismus“ einschränken.

Der Einstieg in die Offene Ganztagsgrundschule ist wieder ein Beweis, dass in Eitorf vieles länger dauert, als in anderen Kommunen. Was in anderen Gemeinden schon umgesetzt ist, kommt bei uns nun erst 2005. Wir beantragen für die nächste Sitzung des Schulausschusses einen umfangreichen Sachstandsbericht der Verwaltung über die bisherigen Aktivitäten und die entsprechenden Förderungsmaßnahmen in Sachen Offener Ganztagsgrundschule.

Das Betreuungsangebot Acht bis Eins und das Betreuungsangebot 13 Plus sind heute gut angenommene Betreuungsangebote, die nur der Beharrlichkeit meiner Fraktion- gestützt durch zahlreiche engagierte Eltern- zu verdanken sind.

Die lange Überzeugungsarbeit bis zur Unterstützung unserer politischen Erweiterungspläne dieses Betreuungsangebotes auch in den Ferien konterkariert diese Verwaltungsspitze indem sie Betreuungsangebote in der Schublade vorhält, statt sie rechtzeitig mit anderen Trägern abzustimmen und dann frühzeitig den Eltern bekannt zu machen, damit diese ihre Ferienbetreuung planen können. Sie haben auch keine Hemmungen im Anschluss festzustellen, dass für solche Betreuung kein Bedarf da sei.

Viele Schülerinnen und Schüler beklagen die mangelhaften Freizeiteinrichtungen in Eitorf. Es ist gut, dass sich die Jugendlichen einmischen, auch wenn dies von der CDU Mehrheit bezweifelt oder bestritten wird. Nur so haben sie immer die Ablehnung eines Jugendparlaments in Eitorf begründet. Sie haben immer gesagt, die jungen Leute wollen dies nicht. Wir bestreiten dies, Sie wollen dies nicht, meine Damen und Herren der CDU Fraktion, und vor allem, weil es ein Antrag meiner Fraktion war. Dies passt ins Bild, zu dem was ich vorhin ausgeführt habe. Akzeptieren Sie endlich, dass Jugendparlamente die beste Zukunftsplanung für aktive und engagierte Jugendliche sind. Lesen Sie die Tagespresse und informieren Sie sich wie hervorragend dies in anderen Kommunen im Kreis funktioniert.

Es ist positiv, dass unser altes Kino reaktiviert wird und ein Verein die Trägerschaft übernimmt. Auch hier braucht man wieder einen Verein, damit es in unserer Gemeinde voran geht.

Mit Sorge sehen wir die Zuschussstreichung für das Fest der Internationalen Begegnung, dass allein aus dem Erlös der Tombola finanziert werden soll. Hierzu sollten noch Beratungen stattfinden. Dieses Fest ist ein wichtiges Element unseres Zusammenlebens mit unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, dass weitaus mehr an „Einnahmen“ bringt, als dies eine schlichte Einnahme/Ausgabe Gegenüberstellung ausweisen kann.

Meine Fraktion wird dem Haushalt der Werke zustimmen. Dennoch erlauben Sie mir zum Schluss noch eine kurze Anmerkung zum Cross-Border-Geschäft. „ Das grenzenlose Bemühen trotz aller Warnungen“, wie es der Kölner-Stadt-Anzeiger in seiner Ausgabe vom 23.01.04 nannte ist immer mehr umstritten und das Landesinnenministerium warnt generell vor den Risiken. Auch der Landrat des Kreises ist kein großer Freund des Verleasens öffentlicher Einrichtungen. In Sankt Augustin hat eine Bürgerinitiative das Thema sehr transparent gemacht. In der 22. Sitzung des Werksausschusses vom 14.05.03 erklärte der Bürgermeister auf Nachfrage des Kollegen Rösgen, dass bisher Konsens bestehe, diese Mittel nicht dem

allgemeinen Haushalt, sondern den Gemeindewerken zuzuführen. In der Werksausschusssitzung vom 21.01.04 mussten wir dann auf Nachfrage erfahren, dass der gesamte Netprofit der Gemeindekasse zur Liquiditätssicherung zugeführt wurde. Auch wenn eine Verzinsung von 2% an die Gemeindewerke erfolgt, so muss eine solche Handlung auch im Rat öffentlich gemacht werden. Der Gewinn aus dem Cross-Border –Geschäft ist somit zur Liquiditätssicherung im allgemeinen Haushalt aufgegangen. Die Bindung an diesen Vertrag dauert aber noch mehr als 25 Jahre. Eine solide Haushaltsführung stellen wir uns anders vor. Haushalt- und Investitionsplan wird von der SPD Fraktion abgelehnt. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Dietmar Tendler

Vorsitzender der SPD Fraktion im Rat der Gemeinde Eitorf

Ergänzend zu seinen Ausführungen in der Haushaltsrede übt Herr Tendler deutliche Kritik an Passagen der CDU-Haushaltsrede zu Aussagen des Herrn Walter Hövel bezüglich Schaffung eines Kinderparlamentes und den Vorschlägen des RM Rainer Viehof zu einer Lösung der Verkehrsanbindung in Richtung Hennef. Der Kollege Viehof setze sich seit Jahren ehrenamtlich mit der Thematik auseinander und investiere viel Zeit. Über Vorschläge müsse man diskutieren können, ohne dass diese gleich in der von der CDU vorgetragenen Art „plattgemacht“ würden. Nicht hinnehmen könne man auch die Angriffe auf Herrn Hövel. Seine Meinung könne man auch äußern, ohne gleich als sachkundiger Bürger aufzutreten. Man lasse sich von der CDU nicht vorschreiben, welche Meinung man wo zu vertreten habe.

Haushaltsrede Fraktion FDP/Grüne am 02.02.2004

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!*

Zuerst möchte ich meinen Fraktionskollegen Herrn Dehnert entschuldigen. Gleichzeitig betone ich, dass die folgenden Ausführungen mit ihm abgestimmt sind und die übereinstimmende Meinung von FDP und Grünen in Eitorf wiedergeben.

Der vor uns liegende Haushalt beschränkt sich auf das Machbare, was wir grundsätzlich begrüßen. Und um es gleich vorwegzunehmen:

Wir werden diesem Haushalt zustimmen!

Das schwierige finanzpolitische Umfeld, in dem der Haushalt erstellt wurde, ist bekannt. Die Finanzkraft von Bund, Ländern und den meisten Kommunen leidet unter anderem unter der Schuldenpolitik der letzten Jahrzehnte und den dadurch bedingten erdrückenden Zinslasten. Den Städten und Gemeinden als dem schwächsten Glied in dieser Kette werden durch neue Aufgaben weitere Lasten aufgebürdet. Insbesondere im Rhein-Sieg-Kreis kommt erschwerend hinzu, dass der Kreis nicht willens oder nicht fähig ist, seine Hausaufgaben zu machen.

So hatte der Kreistag im letzten Jahr mit Verweis auf die schwierige Finanzlage des Kreises beschlossen, ein zusätzliches Defizit des Landschaftsverbandes kurzerhand an die Städte und Gemeinden im Kreis, also auch an uns in Eitorf, weiterzureichen. Andererseits sollen die Personalkosten im Kreis für die Jahre 2004 und 2005 um 8,4 % steigen. Und beim Kreis scheint noch genügend Geld vorhanden zu sein, um so einen – wie wir meinen – Unsinn wie ein "Regionales Einzelhandels und Zentrenkonzept der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler" zu finanzieren. Dies soll Gerüchten zufolge eine Million oder mehr gekostet haben!

Wohin mangelnde wirtschaftliche Arbeitsweise im Kreis führt, sieht man bei der Jugendamtsumlage: Weil vielen Kommunen im Kreis das Kreisjugendamt zu teuer ist, machen sie ihr eigenes Jugendamt auf, mit der Folge, dass für die restlichen Kommunen – wie Eitorf – die Umlage immer höher wird ...

Hier sind die Eitorfer CDU und insbesondere Herr Rösgen dringend gefordert, Ihre

Parteifreunde auf Kreisebene auf Linie der Städte und Gemeinden zu bringen. Ansonsten werden wir in Eitorf weiter für die Fehler des Kreises bezahlen müssen.

Zurück zu unserem Gemeindehaushalt:

*Positiv zu vermerken ist die – wenn auch nur leichte – Senkung der Personalkosten im Verwaltungshaushalt. Personalkosten lassen sich dauerhaft nur senken, wenn Verwaltungsabläufe gestrafft werden. In diesem Zusammenhang stellen wir den **Antrag** an den Bürgermeister, eine genaue, schriftliche Aufstellung anzufertigen und dem Rat zur Kenntnis zu geben, welche konkreten Vorschläge zur Abschaffung von Erlassen und Vorschriften dem Landesinnenminister gemacht wurden. Erinnert sei hier an eine entsprechende Aufforderung des Ministers an alle Bürgermeister im letzten Jahr und an die derzeitige allgemeine Diskussion dieses Themas. Auch Bürgermeister Patt hat sich wiederholt für den Abbau von Standards ausgesprochen.*

Nur am Rande und ohne weiteren Kommentar sei vermerkt, dass der Personalaufwand beim zu den Gemeindewerken gehörenden Entsorgungsbetrieb um 4 % steigen soll.

Angesichts der allgemein als dramatisch zu bezeichnenden Finanzlage grenzt es schon fast an ein Wunder, dass der Schuldenstand der Gemeinde – gerechnet ohne Betriebe und Beteiligungen – innerhalb einer gewissen Schwankungsbreite bis Ende 2003 leicht sinkende Tendenz aufweist, wenngleich die Verschuldung bis Ende dieses Jahres wieder etwas, nämlich auf ca. 17,7 Millionen Euro, ansteigen wird. Insgesamt findet die Begrenzung des Schuldenstandes unsere ausdrückliche Anerkennung! Weiterhin hervorzuheben ist, dass in diesem Jahr keine Steuererhöhungen vorgesehen sind.

Kurz zu den Gemeindewerken:

Einen Großteil des "Netprofits" aus dem Cross-Border-Geschäft nur kurzfristig anzulegen, ist angesichts des derzeit niedrigen Zinsniveaus richtig. Wir erwarten ab Ende 2004 / Anfang 2005 steigende Zinsen, was dann neue Anlagemöglichkeiten eröffnet wird.

Deutlich hinweisen möchten wir auf den zu erwartenden Verlust beim Versorgungsbetrieb der Gemeindewerke, der wahrscheinlich eine Neukalkulation der Gebühren für 2005 erforderlich macht. Die Gründe dafür sind im Haushalt ausführlich dargelegt. Dennoch ergeht hier unser dringender Appell an die Verantwortlichen, weitere Kostensenkungsmöglichkeiten aufzuspüren und auch umzusetzen.

Ein Großteil der Gemeindeausgaben ist für den Schulbereich vorgesehen. Diese Schwerpunktsetzung finden wir richtig!

Trotz aller auch von uns anerkannten Sparbemühungen gelingt es nicht, einen ausgeglichenen Verwaltungshaushalt aufzustellen, was zwangsläufig ein Haushaltssicherungskonzept nach sich zieht. Wir werten es als Erfolg, dass dies erst jetzt kommt und nicht schon früher fällig war. Sorge bereitet der lange Zeitraum, der für den Abbau des Fehlbetrages vorgesehen ist. Doch uns ist es lieber, es wird realistisch geplant, als dass wir uns auf dem Papier reich rechnen und zu kurze Zeiten für den Abbau des Fehlbetrages einplanen, die dann nicht eingehalten werden können. Vielleicht werden wir ja noch durch einen schnelleren Defizitabbau positiv überrascht. Der Auftrag an Bürgermeister und Kämmerer – und vor allem auch an uns Ratsmitglieder – lautet daher klar und deutlich, den Zeitraum für das Haushaltssicherungskonzept mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verkürzen.

Das Haushaltssicherungskonzept bedeutet unter anderem, dass alle freiwilligen Ausgaben der Gemeinde auf dem Prüfstand stehen. Wohl der Einrichtung, die einen Förderverein im Rücken hat! Ein solches Bürgerengagement ist die beste Versicherung gegen das Damoklesschwert einer Schließung. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die geplante Gründung eines Fördervereins für unsere Bibliothek. Dies kommt unseren Vorstellungen von Bürgersinn und Eigeninitiative entgegen. So hat der Ortsverbandsvorsitzende der FDP Eitorf bereits seine Mitgliedschaft zugesagt.

Andererseits stellt sich aber auch die Frage, ob nicht durch die bereits vorhandenen

Fördervereine (z.B. für Krankenhaus, Hermann-Weber-Bad und andere gemeinnützige Zwecke) das vorhandene Potential in der Gemeinde ausgeschöpft ist. Diese freiwilligen und zusätzlichen Lasten werden mehr oder weniger immer von denselben Mitbürgern geschultert, denen an dieser Stelle ausdrücklich Dank gesagt werden soll.

Trotzdem ist es richtig, der Gemeindebibliothek unter die Arme zu greifen. Das Heranführen von Kindern und Jugendlichen an das Buch, aber auch den verantwortungsvollen Umgang mit anderen Medien ist für unsere Wissensgesellschaft überlebenswichtig. Die Bücherei kann und soll dazu einen Beitrag leisten.

Abschließend möchte ich das Thema Bahnhof, Bahnhofsumfeld und Ortskern ansprechen. Die Wiedereröffnung der Bahnhofshalle, an der unser Bürgermeister einen wesentlichen Anteil hat, ist zu begrüßen. Ebenso der derzeitige Umbau des Bahnhofs und die geplante Renovierung des Gütergebäudes für die vorgesehene Biologische Station. Dies sind jedoch bisher Einzelmaßnahmen. Für bessere Zeiten vorgesehen sind weiterhin eine neue P & R -Anlage, und die CDU fordert eine Bahnunterführung Brückenstraße.

Dies alles möchten wir gerne in einem Gesamtzusammenhang, den ganzen Ortskernbereich umfassend, sehen. Einzelmaßnahmen ohne eine vernünftige Gesamtplanung kommen irgendwann an einen Punkt, an dem sie sich gegenseitig blockieren. Dann bleibt nicht nur die weitere Gemeindeentwicklung auf der Strecke, sondern es wird teuer. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass für eine "Planung" im eigentlichen Sinne keine Mittel vorhanden sind. Deshalb appellieren wir an die Verantwortlichen in der Verwaltung und an die Mitglieder des Ausschusses "Planung und Verkehr", die verschiedenen Maßnahmen, Planungen und auch Ideen zumindest soweit zu koordinieren, dass ein Gesamtzusammenhang erkennbar wird und für die Zukunft nichts "verbaut" wird.

Die Senkung der Personalkosten in der Verwaltung, der Verzicht auf Steuer- und Abgabenerhöhungen und die Beschränkung auf das Machbare sind für uns die Gründe, diesem Haushalt zuzustimmen!

gez. Heinz Dehnert

f.d.R. Erika Joest

Erklärung von Herrn Wolfgang Kretschmar (EWG) zum Haushalt der Gemeinde Eitorf, 2004

*Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,*

lassen sie mich – wenn auch kurz, zum Haushalt Stellung nehmen, in dem meine Vorredner zu den finanziellen Eckpunkten bereits ausführlich – je nach politischer Färbung (von oben nach unten und auch umgekehrt) die Schuldigen ausgemacht haben. Fakt ist, allen steht das Wasser bis zum Hals und gespart wird vor allem bei jenen, die sich am wenigsten wehren können !

Aus notwendigen Reformen werden „Reförmchen“ – andere Probleme sitzt man gar einfach weiter aus, in der Hoffnung, sie werden sich schon irgendwie von selbst lösen. 2004, es ist in der Tat ein Schicksalsjahr, nicht nur in Eitorf, wo uns nunmehr (und das auf lange Sicht) ein unausgeglichener Haushalt erwartet – begleitet von einem Haus-haltssicherungskonzept.

Herr Bürgermeister, wir fragen uns, woher sie trotz dem, das Eitorf finanziell mit dem Rücken an der Wand steht, so viel Optimismus hernehmen ? Scheinbar gilt für sie einmal mehr der Spruch: „Es ist noch immer gut gegangen“.

Herr Bürgermeister, Millioneninvestitionen (die sie anpreisen) können nicht über Fehler hinweg täuschen, vor allem dann nicht, wenn falsche Schwerpunkte gesetzt sind und auch damit uns vieles an Lebensqualität in Eitorf (bewusst) vorenthalten wird.

*Notwendigkeiten werden einfach weiter (vermutlich auf „St. Nimmerlein“) verschoben.
Beispielhaft stehen hierfür:*

- die Sanierung des Mühleiper Sportplatzes und
- die Einführung des Anruf-Sammeltaxis (AST-Verkehr)

Anderes ist weiterhin nur „Stückwerk“ und wartet auf Gesamtlösungen. Wir meinen z.B. ein immer noch notwendiges

- *Verkehrskonzept dass wir, vor allem in Einbindung und Einflussmöglichkeiten der Bürgerschaft, um ein*
- *Stadtentwicklungskonzept (mit allem drum und dran) erweitert wissen wollen.*

Abschließend die Feststellung, dass die EWG (ich für meine Person) diesem Haushalt nicht zustimmen kann.

Wir meinen, nicht nur Deutschland – auch Eitorf braucht einen politischen Neuanfang. Lassen sie mich darin (in Ableitung gegebener Wahlkampfaussagen der großen Parteien) feststellen: „Eitorf kann es besser“ !

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit

Im Anschluss ergeben sich noch einige kurze Wortbeiträge.

Der Bürgermeister geht kurz auf einige Kritikpunkte aus der SPD-Haushaltsrede ein:

- Er nimmt Stellung zum Verfahren mit dem Netprofit des Cross-Border-Leasings. Dies sei bereits in den Gremien dargelegt worden. Offensichtlich liege hier ein Missverständnis vor, denn nach wie vor bliebe es dabei, dass der Erlös in voller Höhe den Werken zufließe. Aufgrund des Zinsmarktes habe sich noch keine rentable Möglichkeit für eine sinnvolle langfristige Anlage ergeben. Deshalb spreche nichts dagegen, die Mittel kurzfristig in Anspruch zu nehmen und die Zinsen den Werken zukommen zu lassen.
- Des weiteren habe Herr Tandler die hohe Schülerfrequenz am Bahnhof und den Wunsch nach einer Gesamtschule in Eitorf zur Sprache gebracht. Hierbei sei aber zu beachten, dass in Eitorf nun mal nicht alles vorgehalten werden könne. Außerdem müsse man zwischen Aus- und Einpendlern unterscheiden. Wie bekannt sei, besuchten auch viele auswärtige Schüler Eitorfer Schulen.
- Die Erweiterung des Bades sei bereits im Vorstand des Fördervereins erörtert worden, wobei Einvernehmen darüber bestehen dürfte, keine Mehrkosten für den Bad-Betrieb zu verursachen.
- Bei der Einrichtung der BIO-Station habe man keinesfalls nur Glück gehabt, sondern auch darum gekämpft.
- Schließlich hält es der Bürgermeister für sachlich falsch, den Ortskern als verdreckt zu bezeichnen. Dies entspreche nicht den Tatsachen und sei Miesmacherei.

Herr Rösgen geht ebenfalls kurz auf Kritikpunkte aus der SPD-Haushaltsrede ein und erklärt den Zusammenhang zu seinem Abstimmungsverhalten als Kreistags- und Ratsmitglied. Die Forderung zum Sparen sei einerseits Pflicht des Gemeindevertreters, andererseits habe er in seiner Fraktion für einen funktionierenden Haushalt zu sorgen. Innerhalb seiner Fraktion sei der Beschluss gefasst worden, einen möglichen Überschuss des Kreises den Gemeinden zurückzugeben. Zum Abstimmungsverhalten der anderen Fraktionen nennt er als Beispiel die Aussage des FDP-Fraktionsvorsitzenden im Kreistag, Klaus Nowak. Dieser habe erklärt, die Herabsenkung um 2 %-Punkte sei nicht machbar. Die hieraus entstehende Unterdeckung hätte das „Aus“ für etliche freiwillige Leistungen bedeutet.

Wie schon der Bürgermeister, zitiert auch Herr Rösgen noch einmal kurz den Verlauf in Sachen Bio-Station. Dass dies noch geklappt habe, sei auf die schnelle Reaktion zurückzuführen gewesen, als Troisdorf nicht mehr in Frage gekommen sei. Gemäß des Gutachtens habe Eitorf nicht auf den vorderen Plätzen für den Standort gelegen.

Hinsichtlich der Anbindung L 333 appelliert Herr Rösgen an eine mit Augenmaß bedachte Vorgehensweise. Man dürfe sich nicht verzetteln, um in der Sache voranzukommen.

Herr Tandler geht noch einmal kurz auf die Finanzsituation des Kreises ein. Er stellt noch einmal klar, dass schließlich 19 Bürgermeister, von denen 17 der CDU angehörten, sehr deutlich Sparmöglichkeiten genannt hätten. Die Vorgehensweise sei also keineswegs „ein Kind“ der SPD. Ein Einsparbeispiel sei beispielsweise die Ausstattung des Sitzungssaales.

Der Bürgermeister ruft zur Abstimmung auf und erklärt ausdrücklich, dass er daran teilnimmt.

Beschluss-Nr. Der Rat der Gemeinde beschließt die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan sowie den übrigen
XI/34/428 Anlagen für 2003.

Abstimmungs- Mehrheitsbeschluss bei 8 Gegenstimmen
Erg.: